

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Großbritannien bisher ohne durchschlagenden Erfolg 591

Sinkender Einfluß der Fusionen auf die Unternehmenskonzentration 598

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 48/82

Berlin

2. Dezember 1982

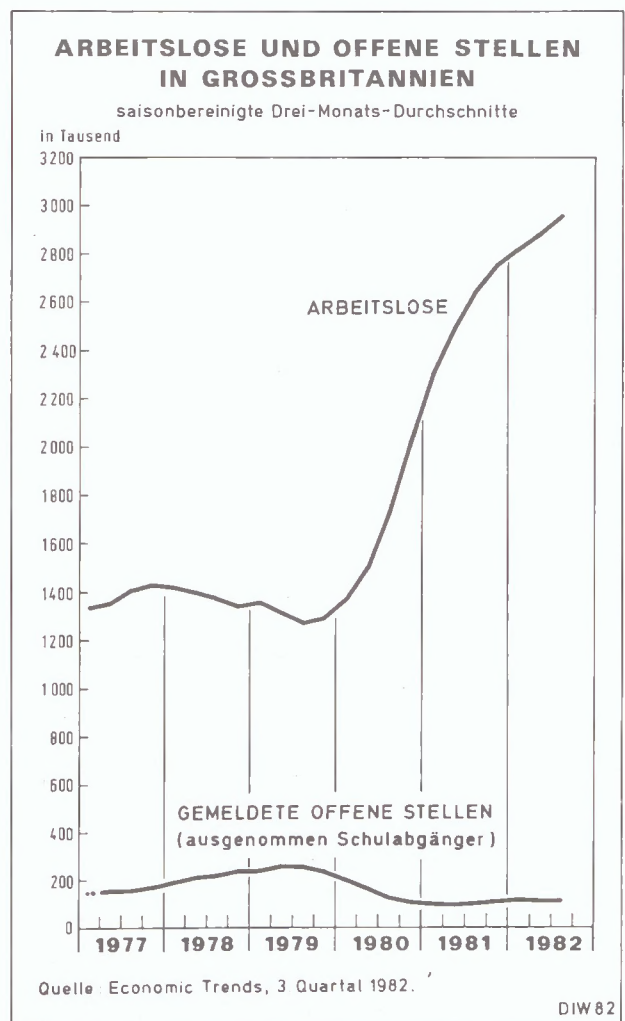
49. Jahrgang

Stajlin

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Großbritannien bisher ohne durchschlagenden Erfolg

Großbritannien war das erste Land, in dem der Versuch unternommen wurde, mit Hilfe einer einseitig monetaristisch-angebotsorientierten Politik die Bedingungen dafür zu schaffen, daß wichtige wirtschaftspolitische Ziele auf längere Sicht nicht mehr verfehlt werden. Dabei wurde in Kauf genommen, daß die Zielverfehlungen nach dem Kurswechsel zunächst noch größer wurden. Nicht nur löste die neue Wirtschaftspolitik eine Rezession aus, die ein größeres Ausmaß annahm und die Arbeitslosigkeit stärker erhöhte als in anderen Ländern. Auch beschleunigte sich die Inflation — nicht zuletzt aufgrund steuerpolitischer Maßnahmen — schon bald nach der Regierungsübernahme beträchtlich, obwohl es ein wichtiges Ziel der neuen Regierung war, die Inflation energisch zu bekämpfen.

Die konservative Regierung wollte nämlich in der Finanzpolitik die von der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie bevorzugten Mittel möglichst rasch anwenden. Das veranlaßte sie zu sich teilweise konterkarierenden Maßnahmen. Auf der einen Seite versuchte die Regierung, durch eine beachtliche Einkommensteuersenkung Leistungsanreiz zu geben und damit auf mehr Wirtschaftswachstum hinzuwirken. Auf der anderen Seite fürchtete sie aber die Erhöhung des staatlichen Haushaltsdefizits wegen vermeintlich davon ausgehender zinssteigernder Verdrängungseffekte und erhöhte die Mehrwertsteuer beträchtlich. Dies verstärkte den Lohn- und Preisauftrieb, den die vorangegangene Regierung so mühsam mit Hilfe einkommenspolitischer Maßnahmen, wie dem Abschluß eines Sozialkontrakts, verringert hatte. Die Inflationsra-



Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren in Großbritannien

in Mill. £

	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾
Gesamtwirtschaft							
Verwendung							
Privater Verbrauch	85 948	98 867	117 071	135 738	151 042	164 300	176 700
Öffentlicher Verbrauch	29 244	32 984	38 324	48 424	55 151	60 800	66 000
Wohnungsbauinvestitionen	4 695	5 368	5 673	5 984	5 186	5 400	5 900
Sonstige Bauinvestitionen	8 349	9 140	10 806	13 032	14 023	15 300	16 500
Ausrüstungsinvestitionen	12 683	15 235	17 990	20 395	20 168	22 100	24 100
Öffentliche Anlageinvestitionen	4 805	4 606	5 159	5 584	4 601	4 900	5 000
Private Anlageinvestitionen	20 922	25 137	29 310	33 827	34 776	37 900	41 500
Anlageinvestitionen, insgesamt	25 727	29 743	34 469	39 411	39 377	42 800	46 500
Lagerinvestitionen	1 881	1 601	2 995	-2 706	-4 160	-1 400	0
Investitionen, insgesamt	27 608	31 344	37 464	36 705	35 217	41 400	46 500
Ausfuhr von Gütern und Diensten	47 614	52 874	63 004	71 447	77 936	83 300	89 200
Einfuhr von Gütern und Diensten	46 521	50 079	61 603	66 475	69 944	77 800	85 900
Ausfuhr abzügl. Einfuhr von Gütern und Diensten	1 093	2 795	1 401	4 972	7 992	5 500	3 300
Bruttosozialprodukt	143 893	165 990	194 260	225 839	249 402	272 000	292 500
Verteilung							
Indirekte Steuern	20 028	22 951	29 868	36 882	43 471	48 700	52 700
Subventionen	3 303	3 655	4 437	5 308	5 861	6 400	6 900
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	16 725	19 296	25 431	31 574	37 610	42 300	45 800
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	85 798	98 200	115 131	136 050	147 197	157 500	167 000
Bruttoeinkommen der Nicht-Kapitalgesellschaften	18 027	20 956	26 611	29 757	30 072	31 800	33 700
Bruttoeinkommen der Kapitalgesellschaften	8 090	9 950	6 824	3 545	5 690	8 800	11 800
Statistische Diskrepanz	-630	-1 105	-1 980	-2 310	-1 780	-1 900	-2 100
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	25 487	29 801	31 455	30 992	33 982	38 700	43 400
Abschreibungen	15 883	18 693	22 243	27 223	30 613	33 500	36 300
Bruttosozialprodukt	143 893	165 990	194 260	225 839	249 402	272 000	292 500
Finanzierungskonto der Unternehmen							
Einnahmen und Finanzierungssaldo							
Abschreibungen	15 117	17 853	21 254	25 986	29 099	31 700	34 300
Nichtausgeschüttete Nettogewinne	5 909	7 011	3 489	-1 452	-1 222	1 500	3 900
Kapitaltransferzahlungen	574	1 052	724	928	870	-3 900	-6 300
Statistische Diskrepanz	-630	-1 105	-1 980	-2 310	-1 780	-1 900	-2 100
Finanzierungssaldo der privaten Haushalte	7 358	10 986	15 391	19 825	17 495	19 100	19 300
Finanzierungssaldo des Staates	-5 547	-8 041	-7 426	-8 991	-7 810	-6 200	-5 800
Finanzierungssaldo des Auslandes	22	-1 018	853	-2 865	-6 036	-3 600	-1 600
Finanzierungssaldo der Unternehmen	1 833	1 927	8 818	7 969	3 649	9 200	11 900
Ausgaben							
Private Investitionen	22 803	26 738	32 305	31 121	30 616	36 500	41 500

te stieg im ersten Regierungsjahr von unter 10 auf über 20 vH.

Die Inflationsbekämpfung bekam daraufhin absolute Priorität. Einkommenspolitische Maßnahmen zur Verlangsamung des Lohn- und Preisauftriebs kamen für die neue Regierung aber nicht in Frage, da sie nicht an ihre langfristige Wirkung glaubt. Die Erfahrungen, die die Labour-Regierungen mit ihnen gemacht hatten, zeigten zwar immer wieder kurzfristige Erfolge; es war aber auch für diese schwierig, Sozialkontrakte mit einer längeren Laufzeit abzuschließen und deren Einhaltung zu gewährleisten. Die konserva-

tive Regierung folgte deshalb den Vorschlägen der monetaristischen Theorie, durch Verringerung der Geldmengenexpansion die Inflation einzudämmen, also geldpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die keine Fortsetzung der starken Inflation erlaubten. Sie setzte hierbei, sogar entgegen den monetaristischen Auffassungen, auf ein rasches marktwirtschaftliches Reagieren, bei dem sich mehr die nominalen als die realen Größen den veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Tatsächlich zeigte aber die Entwicklung von Preisen und Löhnen eine hohe Resistenz gegen die geld-

noch: Einnahmen und Ausgaben der volkswirtschaftlichen Sektoren in Großbritannien

in Mill. £

	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾
P r i v a t e H a u s h a l t e							
Einnahmen							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	85 798	98 200	115 131	136 050	147 197	157 500	167 000
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	20 014	23 405	29 766	34 005	35 318	38 100	41 000
Transfereinkommen	15 151	17 873	20 828	25 264	31 048	37 800	43 000
Bruttoeinkommen, insgesamt	120 963	139 478	165 725	195 319	213 563	233 400	251 000
Öffentliche Abgaben	27 657	29 625	33 263	39 756	45 026	50 000	55 000
Nettoeinkommen insgesamt	93 306	109 853	132 462	155 563	168 537	183 400	196 000
Ausgaben und Finanzierungssaldo							
Privater Verbrauch	85 948	98 867	117 071	135 738	151 042	164 300	176 700
Finanzierungssaldo der privaten Haushalte	7 358	10 986	15 391	19 825	17 495	19 100	19 300
S t a a t							
Einnahmen							
Einkommensteuern	20 330	22 457	25 067	30 809	35 935	39 600	43 200
Sozialversicherungsabgaben	9 508	10 107	11 531	13 944	16 003	17 900	19 900
Direkte Steuern und Sozialversicherungsabgaben	29 838	32 564	36 598	44 753	51 938	57 500	63 100
Indirekte Steuern	20 028	22 951	29 868	36 882	43 471	48 700	52 700
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-1 987	-2 449	-3 155	-4 248	-5 246	-6 300	-7 300
Abschreibungen	766	840	989	1 237	1 514	1 800	2 000
Bruttoeinkommen, insgesamt	48 645	53 906	64 300	78 624	91 677	101 700	110 500
Transferzahlungen	-20 143	-24 357	-28 243	-33 607	-39 735	-42 200	-45 300
Nettoeinnahmen, insgesamt	28 502	29 549	36 057	45 017	51 942	59 500	65 200
Ausgaben und Finanzierungssaldo							
Personalausgaben	19 142	21 346	24 651	31 278	35 818	38 900	41 500
Sachausgaben	10 102	11 638	13 673	17 146	19 333	21 900	24 500
Öffentlicher Verbrauch	29 244	32 984	38 324	48 424	55 151	60 800	66 000
Öffentliche Anlageinvestitionen	4 805	4 606	5 159	5 584	4 601	4 900	5 000
Ausgaben für Güter und Dienste	34 049	37 590	43 483	54 008	59 752	65 700	71 000
Finanzierungssaldo des Staates	-5 547	-8 041	-7 426	-8 991	-7 810	-6 200	-5 800
A u s l a n d							
Einnahmen							
Einfuhr von Gütern und Diensten	46 521	50 079	61 603	66 475	69 944	77 800	85 900
Transferzahlungen	1 115	1 777	2 254	2 107	1 956	1 900	1 700
Gesamteinnahmen	47 636	51 856	63 857	68 582	71 900	79 700	87 600
Ausgaben und Finanzierungssaldo							
Ausfuhr von Gütern und Diensten	47 614	52 874	63 004	71 447	77 936	83 300	89 200
Finanzierungssaldo des Auslandes	22	-1 018	853	-2 865	-6 036	-3 600	-1 600

1) Geschätzt.

Quelle: National Income and Expenditure, 1982.

politischen Restriktionsmaßnahmen, so daß diese Politik zunächst vor allem die realen Größen tangierte und damit die Rezession herbeiführte. Die geldpolitischen Instanzen reagierten zwar auf diese unerfreuliche realwirtschaftliche Entwicklung, in dem sie zeitweilig ein gewisses Überschießen der Geldmengenexpansion (M_3) über die obere Grenze des anvisierten Zielkorridors zwischen zunächst 7 und 11 vH, dann 6 und 10 vH hinaus tolerierten. Sie nahmen aber grundsätzlich die Rezession und das rasche Ansteigen der

Arbeitslosigkeit in Kauf, um die sog. Anspruchsinflation einzudämmen. Ihre Strategie lief somit darauf hinaus, die Position der Gewerkschaften bei hoher Arbeitslosigkeit zu schwächen, dadurch die Lohnforderungen zu dämpfen und sie so in Einklang mit dem vorgegebenen Geldmengenziel zu bringen. Je mehr sich im Zuge der Rezession die Arbeitsmarktlage verschlechterte, um so fühlbarer schwächte sich dann auch der Lohn- und Preisauftrieb ab, der Preisanstieg zuletzt sogar bis auf 6,5 vH im Vorjahresvergleich.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in Großbritannien

	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾
	Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975						
Privater Verbrauch	-0,3	5,8	4,9	-0,1	0,3	0	1
Öffentlicher Verbrauch	-1,0	2,1	1,8	1,9	0,3	0	0
Wohnungsbauinvestitionen	-8,2	3,8	-11,0	-14,1	-24,5	1	2
Sonstige Bauinvestitionen	-6,2	-1,1	-3,5	-5,5	-3,0	0,5	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	3,6	7,0	9,1	2,7	-6,5	1,5	2
Öffentliche Anlageinvestitionen	-16,9	-11,5	-4,0	-12,7	-28,0	-4	-3
Private Anlageinvestitionen	2,0	7,2	2,0	-0,9	-4,8	1,5	2,5
Anlageinvestitionen, insgesamt	-2,4	3,5	0,9	-2,8	-8,2	1	2
Ausfuhr von Gütern und Diensten	5,1	2,9	6,3	-0,9	-0,3	-1	0
Einfuhr von Gütern und Diensten	3,3	4,6	13,5	-1,6	-0,1	3	1
Bruttosozialprodukt	0,3	4,0	1,8	-2,5	-1,4	0,5	1
	Anteile am Bruttosozialprodukt nominal in vH						
Privater Verbrauch	59,7	59,6	60,3	60,1	60,6	60,4	60,4
Öffentlicher Verbrauch	20,3	19,9	19,7	21,4	22,1	22,4	22,5
Wohnungsbauinvestitionen	3,3	3,2	2,9	2,7	2,1	2,0	2,0
Sonstige Bauinvestitionen	5,2	4,9	5,6	5,8	5,6	5,6	5,7
Ausrüstungsinvestitionen	9,4	9,8	9,3	9,0	8,1	8,1	8,2
Öffentliche Anlageinvestitionen	3,3	2,8	2,7	2,5	1,8	1,8	1,7
Private Anlageinvestitionen	14,6	15,1	15,1	15,0	14,0	13,9	14,2
Anlageinvestitionen, insgesamt	17,9	17,9	17,8	17,5	15,8	15,7	15,9
Lagerinvestitionen	1,3	0,9	1,5	-1,2	-1,7	-0,5	0
Investitionen, insgesamt	19,2	18,8	19,3	16,3	14,1	15,2	15,9
Ausfuhr von Gütern und Diensten	33,1	31,9	32,4	31,6	31,2	30,6	30,5
Einfuhr von Gütern und Diensten	32,3	30,2	31,7	29,4	28,0	28,6	29,3
Ausfuhr abzügl. Einfuhr von Gütern und Diensten	0,8	1,7	0,7	2,2	3,2	2,0	1,2
Bruttosozialprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1) Geschätzt.							
Quelle: National Income and Expenditure, 1982.							

Die britische Regierung sieht in dieser Entwicklung die Voraussetzung für einen erneuten Wiederaufschwung. Sie schöpft dieses Vertrauen aus der Annahme, daß dann, wenn die Preissteigerungen hinter der Geldmengenexpansion zurückbleiben, monetärer Spielraum für eine Zunahme der realen Größen besteht. Auch hierbei setzt sie auf marktwirtschaftliche Prozesse, wobei vor allem dem Zinsmechanismus die Rolle zugesprochen wird, über Zinssenkungen auf eine Nutzung dieses Spielraums hinzuwirken. Zwar ist das Zinsniveau seit Ende vergangenen Jahres bei nachlassender Inflation bereits spürbar gesunken. Jedoch ist es immer noch viel zu hoch, um im erforderlichen Maße investitionsanregend zu wirken. Auch hat sich die Einkommensverteilung nur wenig zugunsten der Unternehmen verändert. Die Verteilungsrelation ist heute für die Unternehmen immer noch ungünstiger als vor dem Regierungswechsel, was ebenfalls nicht investitionsfördernd ist. Aber auch wenn bei sich weiter abschwächendem Preisauftrieb die Zinssenkung anhält und sich darüber hinaus die Lohnsatzsteigerungen weiter verlangsamen, so daß die Unter-

nehmen auf der Kostenseite entlastet werden, so verbessern sich damit noch keineswegs die Absatzaussichten.

Eine Kostenentlastung, mit der nicht gleichzeitig eine solche Verbesserung einhergeht, bewirkt jedoch wenig und führt schwerlich zu der erhofften Investitionsbelebung. Die Verfechter einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik verweisen allerdings immer wieder darauf, daß die Unternehmen ihre gegenwärtig schlecht gespielte Rolle, durch Investitionen Zukunftsvorsorge zu treffen und dabei Risiko einzugehen, besser erfüllen würden, wenn ihre Kostenbelastung niedriger wäre. Würden sie aber mit den Investitionen erst einmal voraneilen, so würde nach dieser Auffassung auch über davon ausgehende Multiplikatoreffekte die für den Absatz einer vermehrten Produktion nötige Nachfrage geschaffen.

Die Hoffnung, daß es in Großbritannien zu einer solchen von den Investitionen ausgehenden Entwicklung kommt, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen äußerst gering. Der entscheidende Grund für die Zurück-

Indikatoren zur Einkommensverteilung in Großbritannien

	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ¹⁾	1983 ¹⁾
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH						
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	16,0	16,9	5,6	-1,5	9,7	14	12,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	10,7	14,5	17,2	18,2	8,2	7	6
preisbereinigt ²⁾	-4,5	5,7	3,4	0,2	-3,3	-2	0
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	10,3	13,8	16,4	20,3	14,9	9,5	7
preisbereinigt ²⁾	-4,8	-5,0	2,7	2,0	2,7	0,5	1,5
Produktion ³⁾ je unselbständig Beschäftigten	0,0	3,4	1,1	-0,8	4,8	3	2
Lohnstückkosten ⁴⁾	10,3	10,1	15,2	21,2	9,7	6,5	5
Verbraucherpreise	15,9	8,3	13,4	18,0	11,9	9	6
	Anteile am Volkseinkommen nominal in vH						
Bereinigte Gewinnquote ⁵⁾	16,5	17,0	15,1	11,8	11,6	12,7	13,7
Bereinigte Lohnquote ⁶⁾	83,5	83,0	84,9	88,2	88,4	87,3	86,3
1) Geschätzt.- 2) Bereinigt um die Verbraucherpreise.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens hinzugerechnet. Quelle: National Income and Expenditure, 1982.							

haltung der Unternehmen liegt darin, daß die Nachfrage der wichtigsten Bereiche — des Staates, der inländischen Verbraucher und des Auslands — gegenwärtig sehr schwach ist. Unter diesen Umständen ist das jetzige Unternehmerverhalten durchaus rational und kann nicht als in besonderem Maße risikoscheu angesehen werden.

Erklärte Absicht der britischen Regierung ist es nach wie vor, den Anteil der öffentlichen Ausgaben am Sozialprodukt zu vermindern, um Spielraum für vermehrte Aktivitäten der privaten Wirtschaft zu schaffen. Diese Absicht konnte sie allerdings bisher nur bei den öffentlichen Investitionen verwirklichen, einer Komponente, die vor allem aus Infrastrukturinvestitionen besteht und deren beträchtliche Rücknahme die Bedingungen für ein künftiges Wachstum verschlechtert. Dagegen gelang es bisher nicht, den öffentlichen Verbrauch oder gar die öffentlichen Transferzahlungen zu verringern; denn bei stark zunehmender Zahl der Arbeitslosen erhöhten sich vor allem die Unterstützungszahlungen an die aus dem Produktionsprozeß Ausgliederten. Bei dieser Entwicklung der öffentlichen Ausgaben wurde jedoch bereits die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten vermindert. Dies führte aber nicht zu der erstrebten Beschäftigungsumschichtung vom öffentlichen zum privaten

Bereich, sondern zu einer zusätzlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit.

Anders als in anderen Ländern, in denen sich während der Rezession das Staatsdefizit erhöhte, gelang es in Großbritannien zwar nicht im ersten Jahr der Rezession, in dem das Defizit beträchtlich anstieg, wohl aber in den folgenden Jahren, den Passivsaldo im Staatshaushalt zu verringern. Großbritannien profitierte dabei von seiner Sonderrolle als Erdölproduzent, denn seine Öleinnahmen waren auch eine Quelle für erhöhte Steuereinnahmen des Staates. Die Abnahme des Staatsdefizits ist für die Regierung aber kein Grund, den finanzpolitischen Kurs so zu ändern, daß davon eine spürbare Nachfragebelebung ausginge. Zwar hat sie in jüngster Zeit eine zuvor eingeführte Sonderabgabe für die Sozialversicherung verringert, und für das nächste Jahr wird eine Ermäßigung der Einkommensteuer signalisiert. Die Regierung hat aber nicht ihr Ziel aufgegeben, die Staatsausgaben ebenfalls zu senken und damit das Staatsdefizit weiter zu vermindern, wenn sie auch in letzter Zeit vor einem übermäßigen Sparen warnt. Diese Warnung richtet sich jedoch vor allem an die öffentlichen Unternehmen, die in ihrem Investitionsverhalten ebenfalls sehr zurückhaltend sind. Von einer weiteren Verminderung des Staatsdefizits erhofft sich die Regierung zins-

kende Einflüsse, die zur Anregung der privaten Investitionen beitragen sollen. Ist auch kaum damit zu rechnen, daß sie im nächsten Jahr in ihrem Bemühen um Ausgabenkürzung größeren Erfolg haben wird als bisher, so werden doch von der öffentlichen Nachfrage keine Impulse ausgehen, die zur Verbesserung der Absatzaussichten der Unternehmen beitragen könnten.

Auch von den privaten Haushalten ist kein Nachfragestoß zu erwarten. Zwar hat sich der Rückgang ihres Realeinkommens, der in den letzten Jahren stärker war als die Abnahme des realen Sozialprodukts, allmählich verlangsamt. Bei weiter nachlassender Inflation ist für das nächste Jahr aber kaum mit einer erneuten Steigerung, sondern allenfalls mit einem Gleichbleiben des Realeinkommens zu rechnen, denn der Anstieg der Lohnsätze dürfte sich ebenfalls weiter abschwächen. Der private Verbrauch wird deshalb nur dann zunehmen, wenn die Sparneigung nochmals abnimmt oder die Regierung sich zu einer Einkommensteuerentlastung entschließt. Die Sparneigung hat bereits seit 1980, als sie besonders hoch war, beträchtlich abgenommen, und dies wirkte schon in den letzten Jahren konsumstützend. Künftig wird sie sicherlich weniger stark zurückgehen, da sie bereits auf das Durchschnittsniveau des letzten Jahrzehnts gefallen ist. Auch kann wegen der anhaltenden Bemühungen um Haushaltskonsolidierung keine spektakuläre Steuersenkung erwartet werden. Es besteht deshalb kein Grund zu der Annahme, daß der reale private Verbrauch im nächsten Jahr kräftig zunehmen wird und sich damit die Absatzchancen der Unternehmen im Bereich der privaten Haushalte erheblich verbessern werden.

In der gegenwärtigen gedrückten Weltwirtschaftslage ist es zudem für die britische Wirtschaft kaum möglich, von dem unergiebigem Inlandsmarkt auf die Auslandsmärkte auszuweichen, zumal Großbritannien in den letzten Jahren durch ein relativ hoch bewertetes Pfund in seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit benachteiligt wurde. Anders als die übrigen EG-Länder gehört Großbritannien nicht dem Wechselkursverbund im Europäischen Währungssystem an. Die britische Regierung konnte sich seinerzeit nicht zu einem Beitritt entschließen, da sie bei einem Inflationstempo, welches dasjenige in anderen wichtigen EG-Ländern überschritt, außenwirtschaftliche Schwierigkeiten befürchtete, wenn das Pfund zu eng an die Währungen von Ländern mit geringeren Preissteigerungen gekoppelt worden wäre und Pfundabwertungen nur schwer durchzusetzen gewesen wären. Das Pfund floatet deshalb genauso wie der Dollar und der Yen relativ frei, und die Notenbanken nehmen nur gelegentlich auf die Kurse dieser Währungen durch Käufe oder Verkäufe an den Devisenmärkten Einfluß.

Durch zwei Faktoren wurde der Pfundkurs nach dem Regierungswechsel in Großbritannien nach oben gedrückt. Einmal wirkte die restriktive Geldpolitik, die einen kräftigen Zinsanstieg nach sich zog, kurssteigernd. Zum anderen wertete sich das Pfund auf, weil die Ölexporterinnahmen Großbritanniens nach der Steigerung der Ölförderung und den Ölpreiserhöhungen beträchtlich zunahmen und die britische Leistungsbilanz, die in den siebziger Jahren meist defizitär gewesen war, in eine Überschußposition brachten, die durch den rezessionsbedingten Importrückgang noch verstärkt wurde.

Bei dem hohen Pfundkurs fiel es den britischen Exporteuren immer schwerer, sich im internationalen Konkurrenzkampf zu behaupten. Real nahmen ihre Exporte von Gütern und Diensten in den letzten beiden Jahren ab, während sie in den übrigen Industrieländern zunächst noch stiegen und dann stagnierten. Die realen Importe von Gütern und Diensten sanken zudem im vergangenen Jahr weniger als das reale Sozialprodukt und nehmen in diesem Jahr schneller zu als das — nur geringfügig wachsende — reale Sozialprodukt.

Der die britische Wirtschaft im internationalen Warenaustausch beeinträchtigende hohe Pfundkurs veranlaßte die britische Notenbank, insbesondere im Jahre 1981 vorübergehend von ihrem Geldmengenziel nach oben abzuweichen und damit auf eine Abwertung des Pfundes hinzuwirken. Wenn auch dieses Vorgehen einen gewissen Erfolg hatte, so blieb doch der Pfundkurs zunächst noch so hoch, daß die britische Wirtschaft weiterhin benachteiligt wurde. Die wirtschaftspolitischen Instanzen befanden sich nämlich in einer Konfliktsituation. Hätten sie durch stärkere geldpolitische Lockerung ein weiteres Sinken des Pfundkurses ermöglicht, so wären sie zu stark von ihrem Ziel der Inflationsbekämpfung abgewichen. Eine weitere Inflationsverlangsamung wäre dann nicht möglich gewesen. Auf der anderen Seite nahmen sie mit der Wiederaufnahme eines restriktiveren geldpolitischen Kurses, zu der sie sich schließlich entschlossen, auch in Kauf, daß die Wettbewerbsposition der britischen Exporteure ungünstig blieb.

Die britischen Produzenten konnten unter diesen Umständen im internationalen Konkurrenzkampf nur bestehen, wenn sie sich vor allem um eine kostensenkende Verstärkung des Produktivitätsfortschritts bemühten. Der Konkurrenzdruck aus dem Ausland zwang sie somit, zunächst alle vorhandenen Produktivitätsreserven zu nutzen und dann durch Rationalisierungsinvestitionen die Produktivität weiter zu erhöhen. Produktivitätsreserven hatten sich in der Rezession vor allem dadurch gebildet, daß die Unternehmen zuerst noch Arbeitskräfte horteten, d.h. nicht in dem Maße entließen, wie sie im Zuge des Produktionsrück-

gangs für die Unternehmen entbehrlich wurden. Mit zunehmender Schärfe der Rezession und wachsendem Konkurrenzdruck aus dem Ausland änderte sich dann aber das Unternehmerverhalten. Die Mobilisierung von Produktivitätsreserven führte zu einer stärkeren Entlassung von Arbeitskräften und zu einer Verschärfung des Arbeitslosenproblems. Die Gewerkschaften stemmten sich dem immer weniger entgegen, weil ihre Kampfbereitschaft mit der Verschlechterung ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt nachließ.

Auch der Zwang, durch Rationalisierungsinvestitionen die Produktivität zu erhöhen, trägt wenig dazu bei, das Arbeitslosenproblem zu entschärfen, werden dadurch doch ohne sonstige Wachstumsimpulse eher Arbeitsplätze wegrationalisiert, als neue geschaffen. Immerhin hatte aber dieser Rationalisierungszwang die Wirkung, daß die privaten Unternehmen ihre Anlageinvestitionen nicht weiter senkten, sondern seit Mitte 1981 wieder etwas erhöht haben. Darüber hinaus sind auch die Wohnungsbauinvestitionen leicht gestiegen und haben damit auf den Zinsrückgang reagiert. Zusammen mit dem Umschwung der Lagerbewegung, bei dem sich der Lagerabbau allmählich verminderte und dann in einen leichten realen Lageraufbau überging, war diese Entwicklung der Anlageinvestitionen dafür entscheidend, daß die Rezession zum Stillstand kam.

In letzter Zeit haben allerdings die Investitionen nicht mehr zugenommen; denn für den erhofften Wiederaufschwung sind noch nicht hinreichende Bedingungen geschaffen worden. Die einseitige Verfolgung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik genügt hierfür nicht. Das würde auch dann gelten, wenn es dieser Politik gelungen wäre, die Einkommensverteilungsrelation stärker zugunsten der Unternehmen zu verschieben. Entscheidendes Problem ist gegenwärtig, die Absatzaussichten der Unternehmen zu verbessern. Hierzu ist neben der Vergrößerung des monetären Spielraums, der sich aus der Inflationsverlangsamung und einer wieder etwas expansiveren Geldpolitik ergibt, eine Finanzpolitik notwendig, die mehr Anregungen als bisher gibt, sei es über stärkere Steuerenkungen als geplant, sei es — wirkungsvoller — durch die Erhöhung sinnvoller Ausgaben. Die Regierung hätte dann allerdings ihr hartnäckig verfolgtes, aber bisher nicht erreichtes Ziel der Verringerung des Staatsanteils zumindest in Zeiten ausgeprägter wirtschaftlicher Schwäche aufzugeben. Ihm liegt ohnehin die irrige Vorstellung zugrunde, es müßte für zusätzliche Aktivitäten der privaten Wirtschaft Platz geschaffen werden, obwohl in der gegenwärtigen Situation hoher Arbeitslosigkeit und leerstehender Kapazitäten reichlich Platz vorhanden ist.

Tabelle 1

Komponenten der Konzentrationsveränderung in ausgewählten Branchen

Konzentrationsmessung durch CR₃-Werte in vH

Quelle: Berechnungen des DIW

Branche (Berechnungsbasis für die „Marktanteile“)	Periode	Anfangs- konzentra- tions- stand	Veränderung der Konzentration						Endkon- zentra- tions- stand
			insge- samt	Komponenten					
				Fusionen	internes Wachs- tum	Verdrän- gung	Abgang	Zugang	
Mineralöl- verarbeitung (inländische Verarbeitungs- kapazitäten)	1965 bis 1970	45,0	1,4	12,2	- 5,0	- 5,8	0	0	46,4
	1970 bis 1975	46,4	3,2	11,1	0,5	- 8,4	0	0	49,6
	1975 bis 1980	49,6	- 5,2	- 1,6	- 3,6	0	0	0	44,4
	1965 bis 1980	45,0	- 0,6	21,7	- 8,1	- 14,2	0	0	44,4
Reifen (Inlandsumsatz)	1960 bis 1965	66,8	- 4,2	0	- 4,2	0	0	0	62,6
	1965 bis 1970	62,6	2,3	6,9	1,8	- 6,4	0	0	64,9
	1970 bis 1975	64,9	3,6	0	3,6	0	0	0	68,5
	1975 bis 1980	68,5	- 0,4	7,6	- 8,0	0	0	0	68,1
	1960 bis 1980	66,8	1,3	14,5	- 6,8	- 6,4	0	0	68,1
Fenster- und Dickglas (Inlandsumsatz)	1958 bis 1965	99,0	- 10,1	0	- 10,1	0	0	0	88,9
	1965 bis 1970	88,9	2,1	3,0	11,4	- 12,3	0	0	91,0
	1970 bis 1975	91,0	6,2	0	8,3	- 2,1	0	0	97,2
	1975 bis 1980	97,2	- 4,0	2,8	5,7	- 12,5	0	0	93,2
	1958 bis 1980	99,0	- 5,8	5,8	15,3	- 26,9	0	0	93,2
Rohstahl (Inlandsproduktion)	1965 bis 1970	41,2	10,0	13,3	- 2,5	- 0,8	0	0	51,2
	1970 bis 1975	51,2	2,3	1,7	0,8	- 0,2	0	0	53,5
	1975 bis 1980	53,5	- 1,2	0	- 1,1	- 0,1	0	0	52,3
	1965 bis 1980	41,2	11,1	15,0	- 2,8	- 1,1	0	0	52,3
PKWs und Kombina- tionskraftwagen (Inlandszulassun- gen)	1965 bis 1970	75,3	- 9,6	2,9	- 12,5	0	0	0	65,7
	1970 bis 1975	65,7	- 6,1	0	- 6,4	0	0,3	0	59,6
	1975 bis 1980	59,6	- 2,5	0	1,8	- 4,3	0	0	57,1
	1965 bis 1980	75,3	- 18,2	2,9	- 17,1	- 4,3	0,3	0	57,1

In diesem Fall erhöht sich die durch die Konzentrationsrate gemessene Unternehmenskonzentration nur in dem Maße, in dem der Markt- oder Produktionsanteil des fusionierenden Unternehmens den Marktanteil eines aus der Spitzengruppe verdrängten Unternehmens übertrifft. Ein Beispiel aus der Branche Farbfernseherproduktion soll dies verdeutlichen.

Durch Fusion der Firma Nordmende (Thomson-Brandt) mit dem Unternehmen Saba konnte Thomson-Brandt 1980 seinen Marktanteil in der Bundesrepublik von 8 auf 15 vH erhöhen und stieg damit vom sechstgrößten zum drittgrößten Unternehmen der Branche auf. Blaupunkt (Marktanteil ca. 11 vH) wurde dadurch vom dritten auf den vierten Platz verdrängt. Die durch den Marktanteil der ersten drei Unternehmen gemessene

Konzentrationsrate erhöht sich nach der Fusion jedoch nur um 4 vH, d.h. um die Differenz zwischen dem Marktanteil des alten und neuen drittgrößten Unternehmens. Der Fusionseffekt muß also um diesen „Aufrückeffekt“ korrigiert werden, da er sonst überbewertet würde.

— Dasselbe Prinzip gilt auch für Konzentrationsveränderungen aufgrund von *internem Wachstum*, wenn eines der nichtführenden Unternehmen schneller als die führenden Unternehmen wächst. Führt dieses ungleiche Wachstum zur „Verdrängung“ eines anderen führenden Unternehmens aus der Gruppe der ersten drei, so muß auch hier das interne Wachstum um diesen Verdrängungseffekt korrigiert werden, damit der Einfluß des internen Wachstums auf die gemessene Konzentrationsrate nicht überbewertet wird.

Branche (Berechnungsbasis für die „Marktanteile“)	Periode	Anfangs- konzentra- tions- stand	Veränderung der Konzentration					Endkon- zentra- tions- stand	
			insge- samt	Komponenten					
				Fusionen	internes Wachs- tum	Verdrän- gung	Abgang		Zugang
Ackerschlepper (Inlands- zulassungen)	1958 bis 1965	36,8	8,2	2,0	8,3	- 2,1	0	0	45,0
	1965 bis 1970	45,0	4,0	9,0	- 5,0	0	0	0	49,0
	1970 bis 1975	49,0	6,7	0,0	6,7	0	0	0	55,7
	1975 bis 1980	55,7	- 2,9	0,0	- 2,9	0	0	0	52,8
	1958 bis 1980	36,8	16,0	11,0	7,1	- 2,1	0	0	52,8
Schiffbau (Inlandsumsatz)	1960 bis 1965	35,2	7,2	0	7,3	- 2,9	2,8	0	42,4
	1965 bis 1970	42,4	7,3	2,1	5,2	0	0	0	49,7
	1970 bis 1975	49,7	1,3	9,8	- 8,5	0	0	0	51,0
	1975 bis 1980	51,0	- 2,7	1,0	- 3,7	0	0	0	48,3
	1960 bis 1980	35,2	13,1	12,9	0,3	- 2,9	2,8	0	48,3
Kühl- und Gefrierschränke (Inlandsproduktion)	1958 bis 1965	53,4	10,2	0	12,3	0	0	- 2,1	63,6
	1965 bis 1970	63,6	6,1	16,2	- 12,2	0	2,1	0	69,7
	1970 bis 1975	69,7	12,9	4,4	5,8	0	2,7	0	82,6
	1975 bis 1980	82,6	1,1	0	1,1	0	0	0	83,7
	1958 bis 1980	53,4	30,3	20,6	7,0	0	4,8	- 2,1	83,7
Standardcomputer (Installierter Bestand Inland)	1965 bis 1970	80,6	4,7	9,7	6,9	- 12,3	0,5	- 0,1	85,3
	1970 bis 1975	85,3	- 2,8	0,7	- 0,9	0	0	- 2,6	82,5
	1975 bis 1980	82,5	- 5,8	0,2	- 6,0	0	0,7	- 0,7	76,7
	1965 bis 1980	80,6	- 3,9	10,6	0,0	- 12,3	1,2	- 3,4	76,7
Prozeßrechner (Installierter Bestand Inland)	1965 bis 1970	66,7	- 7,1	0	62,7	- 33,3	0	- 36,5	59,6
	1970 bis 1975	59,6	- 8,8	0	10,3	- 6,7	0	- 12,4	50,8
	1975 bis 1980	50,8	4,5	0	12,3	- 8,5	0,8	- 0,1	55,3
	1965 bis 1980	66,7	- 11,4	0	85,3	- 48,5	0,8	- 49,0	55,3
Zigaretten (Produktion Inland)	1960 bis 1965	85,9	6,5	8,4	- 1,9	0	0	0	92,4
	1965 bis 1970	92,4	- 2,2	0	- 2,2	0	0	0	90,2
	1970 bis 1975	90,2	- 3,2	0	- 3,2	0	0	0	87,0
	1975 bis 1980	87,0	- 10,9	0	- 10,9	0	0	0	76,1
	1960 bis 1980	85,9	- 9,8	8,4	- 18,2	0	0	0	76,1
Abonnements- tageszeitungen (Auflage)	1965 bis 1970	12,6	- 0,1	0,6	- 0,9	0	0,2	- 0,0	12,5
	1970 bis 1975	12,5	5,2	5,5	- 0,5	0	0,2	0	17,7
	1975 bis 1980	17,7	- 1,3	0,1	- 1,3	0	0,0	- 0,1	16,4
	1965 bis 1980	12,6	3,8	6,2	- 2,7	0	0,4	- 0,1	16,4
Durchschnitt der Branchen	1965 bis 1970	59,7	1,6	6,4	4,0	- 5,9	0,2	- 3,0	61,3
	1970 bis 1975	61,3	1,7	2,5	1,4	- 1,5	0,3	- 1,3	63,0
	1975 bis 1980	63,0	- 2,6	0,8	- 1,4	- 2,1	0,1	- 0,1	60,4
	1965 bis 1980	59,7	0,7	10,0	4,0	- 9,5	0,6	- 4,4	60,4

Tabelle 2

Komponenten der Konzentrationsveränderung in ausgewählten Branchen
Konzentrationsmessung durch CR₄-Werte in vH

Quelle: Berechnungen des DIW

Branche (Berechnungsbasis für die „Marktanteile“)	Periode	Anfangs- konzentra- tions- stand	Veränderung der Konzentration					Endkon- zentra- tions- stand	
			insge- samt	Komponenten					
				Fusionen	internes Wachs- tum	Verdrän- gung	Abgang		Zugang
LKW bis 4 Tonnen (Inlandzulassun- gen)	1958 bis 1965	72,0	20,3	10,0	7,5	- 4,7	7,5	0	92,3
	1965 bis 1970	92,3	1,6	15,2	0,7	- 14,3	0	0	93,9
	1970 bis 1975	93,9	- 1,8	0	- 1,8	0	0	0	92,1
	1975 bis 1980	92,1	- 3,2	0	- 3,2	0	0	0	88,9
	1958 bis 1980	72,0	16,9	25,2	3,2	- 19,0	7,5	0	88,9
LKW über 4 Tonnen (Inlandzulassun- gen)	1958 bis 1965	83,8	6,4	7,6	29,2	- 7,2	3,6	- 26,8	90,2
	1965 bis 1970	90,2	6,4	31,7	0,8	- 28,1	2,7	- 0,7	96,6
	1970 bis 1975	96,6	- 2,0	0	- 2,0	0	0	0	94,6
	1975 bis 1980	94,6	- 3,8	0	- 3,8	0	0	0	90,8
	1958 bis 1980	83,8	7,0	39,3	24,2	- 35,3	6,3	- 27,5	90,8
Behälterglas (Inlandsproduktion)	1958 bis 1965	66,4	8,3	0	8,3	0	0	0	74,7
	1965 bis 1971	74,7	- 5,2	5,7	- 7,5	- 3,4	0	0	69,5
	1971 bis 1975	69,5	3,0	0	3,0	0	0	0	72,5
	1975 bis 1980	72,5	2,5	0	1,0	0	1,5	0	75,0
	1958 bis 1980	66,4	8,6	5,7	4,8	- 3,4	1,5	0	75,0

Konzentrationsmessung durch CR₄-Werte, jedoch andere Zeitperioden

Bier (Anstoß der inländischen Brauereien)	1958 bis 1965	11,8	1,0	0,8	0,5	- 0,3	0	0	12,8
	1965 bis 1971	12,8	20,7	19,8	5,5	- 4,6	0	0	33,5
	1971 bis 1974	33,5	4,2	4,4	- 0,2	0	0	0	37,7
	1974 bis 1979	37,7	- 3,6	- 0,0	- 3,6	0	0	0	34,1
	1958 bis 1979	11,8	22,3	25,0	2,2	- 4,9	0	0	34,1
Farbfernsehgeräte (Inlandsabsatz)	1968 bis 1973	41,1	2,7	0	7,8	- 5,1	0	0	43,8
	1973 bis 1977	43,8	- 0,3	1,5	0,2	- 2,0	0	0	43,5
	1977 bis 1979	43,5	6,6	8,1	2,7	- 4,2	0	0	50,1
	1968 bis 1979	41,1	9,0	9,6	10,7	- 11,3	0	0	50,1

In der Komponentenanalyse ergibt sich das interne Wachstum als Residualgröße.

— Konzentrationsveränderungen können sich auch durch *Marktzug-* und *-abgänge* ergeben und müssen deshalb ebenso berücksichtigt werden. Der Marktzugangseffekt drückt den Rückgang in der Konzentrationsrate aus, der durch einen Newcomer entsteht. Er wird entsprechend dem Marktanteilswert des/oder der Newcomer am Ende der Untersuchungsperiode berechnet. Der Marktabgangseffekt stellt den Markt-

anteilsgewinn der führenden Unternehmen nach Abgang eines Unternehmens aus der Branche dar. Der Marktabgang wird auf den Anfang der Periode datiert.

Bei dieser Komponentenanalyse sind eine Reihe von Annahmen von Bedeutung, die bei der Bewertung der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen:

— Da die Konzentrationsraten nur am Anfang oder Ende einer Periode gemessen werden, sind Annahmen über das Wachstum der übernommenen Unter-

nehmen innerhalb der Periode zu treffen. Hier wird durch die Datierung der Fusion auf den Anfang der Periode unterstellt, daß diese Unternehmen, hätten sie nicht fusioniert, im Branchendurchschnitt mitgewachsen wären. Da jedoch manche Unternehmen gerade deshalb fusionieren, weil sie in Schwierigkeiten geraten sind (Sanierungsfusion), kann dies zu einer Überbewertung des Fusionseffektes führen. Das gleiche gilt für den Marktaustritt, da die Datierung der Marktaustritte auf den Periodenbeginn bedeutet, daß das aufgegebene Unternehmen seinen Marktanteil vom Beginn der Periode bis zur Geschäftsaufgabe gehalten hat.

— Da die Datensammlung sehr zeitaufwendig ist, wurden Stichjahre im Abstand von fünf Jahren gewählt. Veränderungen zwischen diesen Zeitpunkten sind in der Analyse nur dann berücksichtigt, wenn diese Veränderung auch im Stichjahr noch vorlag.

— Da die Komponentenrechnung letztlich auf einer Identitätsbeziehung beruht, ist mit der Quantifizierung der einzelnen Komponenten noch keine Ursachenanalyse verbunden. Fusionen erhöhen zwar die Konzentration, aber über Gründe von Unternehmenszusammenschlüssen sagt diese Analyse nichts aus.

— Da der hier benutzte Ansatz die Erfassung einer Vielzahl von unternehmensindividuellen Daten erforderlich macht, ergab sich schon von der Arbeitskapazität und dem vorgegebenen Zeitrahmen her eine Beschränkung auf einige Branchen. Veröffentlichte Statistiken auf dieser Disaggregationsebene standen nur in ganz beschränktem Umfang zur Verfügung, und auch die Bereitschaft der Unternehmen, vertrauliche Primärdaten zu liefern, hielt sich in engen Grenzen. Daher konnten insgesamt nur 17 Branchen untersucht werden. Die in den Tabellen dargestellten Ergebnisse haben deswegen auch keinen repräsentativen Charakter für die ganze Volkswirtschaft⁷.

Der Einfluß von Fusionen, internem Wachstum sowie Marktzu- und -abgängen.

In der ersten Tabelle werden die Ergebnisse für die 12 Branchen dargestellt, für die die Analyse für identische Perioden und einheitliche Konzentrationsraten (CR_3) durchgeführt werden konnte. Dabei fällt in vielen Bereichen das fortdauernde Ansteigen der Unternehmenskonzentration auf, dem erst in der letzten Periode (1975–1980) ein Rückgang oder zumindest eine gleichbleibende Konzentration in einer Reihe von Branchen gegenübersteht.

Dies führte in einigen Branchen dazu, daß die Konzentration am Ende der Periode nicht wesentlich über der Anfangskonzentration lag. Nur bei Prozessrech-

nen ergab sich eine gegenläufige Entwicklung. Bei Personenkraftwagen ist die Konzentrationsrate sogar während des ganzen Zeitraumes gefallen.

Bei den einzelnen Komponenten der Konzentrationsveränderung dominiert der Fusionseffekt. Auch das interne Wachstum und der Verdrängungseffekt haben teilweise beachtliche Größenordnungen. Marktzu- und -abgänge haben dagegen eine geringe Bedeutung, wohl auch weil sie in ihrer reinen Form kaum stattfinden oder nicht meßbar sind. Stilllegungen treten nämlich in vielen Branchen erst nach einer Fusion auf. Sie werden deshalb der Definition nach als Fusion, nicht jedoch als Marktabgang berücksichtigt. Signifikante Marktabgänge ergaben sich lediglich bei der LKW-Produktion und bei Kühl- und Gefrierschränken. Auch Marktzugänge treten oft nicht direkt, sondern in Form von Fusionen in Erscheinung. Der Markteintritt eines branchenfremden Unternehmens (auch eines ausländischen Produzenten) geschieht häufig durch die Fusion mit einem kleineren Unternehmen und wird, da sich dadurch keine Veränderung der Zahl der Anbieter ergibt, bei der Analyse nicht berücksichtigt. Überdies sind diese Fälle wegen der praktischen Probleme der Erfassung von Unternehmensneugründungen und Abgängen — auch weil es sich dabei oft um sehr kleine Unternehmen handelt — unterrepräsentiert. Wegen der normalerweise relativ geringen Größe der ausscheidenden oder neu hinzukommenden Unternehmen dürfte sich die daraus resultierende Verzerrung aber in Grenzen halten.

Ermittelt man den ungewichteten Durchschnitt für die hier erfaßten 12 Branchen, so üben die Fusionen offensichtlich den stärksten Einfluß aus. Von 1965 bis 1980 konnten von der Konzentrationsveränderung zehn Prozentpunkte auf Fusionen und vier Prozentpunkte auf internes Wachstum zurückgeführt werden. Dem steht jedoch ein nicht unerheblicher Verdrängungseffekt gegenüber.

Von Interesse ist auch die Veränderung der Komponenten im Zeitablauf. Im ungewichteten Durchschnitt verlieren die Fusionen von Periode zu Periode an Gewicht, während das interne Wachstum sogar negativ wird. Auch Marktzugänge haben in den ersten Perioden eine größere Rolle als in der letzten Periode gespielt. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen ist jedoch recht unterschiedlich. Typisch für das Umschlagen eines positiven internen Wachstums in ein negatives sind die Branchen Brauereien, Lastkraftwagen, Schiffbau und Standardcomputer. Bei Personenkraftwagen ergibt sich eine genau umgekehrte Entwicklung.

⁷ Die hier gewählten Märkte entsprechen teilweise den vierstelligen, teilweise den sechsstelligen Warenklassen der Produktionsstatistik, die insgesamt 1153 Warenklassen umfaßt.

Fusionen fallen vor allem bei der Mineralölverarbeitung, bei Fenster- und Dickglas, bei Brauereien sowie Kühl- und Gefrierschränken ins Gewicht. Da in einigen dieser Branchen die Fusionen z.T. von Unternehmen durchgeführt wurden, die nicht zu den führenden zählten, sondern erst durch diese Fusionen „aufrückten“, stand hier den Fusionseffekten ein ausgeprägter Verdrängungseffekt gegenüber, durch den der Fusionseffekt entsprechend korrigiert wird. Die Unternehmenskonzentration nimmt nämlich nur in dem Umfang zu, wie die Summe der Marktanteile der fusionierten Anbieter die Marktanteile der „verdrängten“ Unternehmen übertrifft.

Ähnliche Korrektoreffekte spielen, wie die Branche Prozeßrechner zeigt, auch bei den internen Wachstumseffekten eine Rolle. Im Zeitraum von 1965 bis 1980 entfielen 85,3 vH der Konzentrationsveränderung auf das interne Wachstum. Dem stand ein Verdrängungseffekt von 48,5 vH gegenüber. Ein etwas abgeschwächter interner Wachstumseffekt läßt sich auch im Schiffbau und in der Glasindustrie erkennen; er war dort jedoch wesentlich stärker als der Fusions-effekt.

Ein negatives internes Wachstum, das oft in Verbindung mit Fusionen auftritt, zeigt, daß Fusionen als Alternative zu internem Wachstum fungieren können. Zum Teil führt dies sogar zu einer Dekonzentration, wenn durch ein Fusionsverbot die Möglichkeiten für Fusionen ausgeschlossen werden. Beispiele aus den Branchen Zigaretten und Personenkraftwagen deuten hier auf die Auswirkungen der mit der zweiten Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) 1974 eingeführten Fusionskontrolle.

Über die Beziehung zwischen Fusionen und internem Wachstum lassen sich jedoch aufgrund der vorliegenden Untersuchung kaum generelle Aussagen

machen. Hohe Fusionseffekte können sowohl mit geringerem positiven (Brauereien, Lastkraftwagen, Farbfernseher), geringerem negativen (Stahl, Raffinerien, Lastkraftwagen und Zeitungen) als auch mit hohem positivem internen Wachstum (Reifen) oder hohem negativem internen Wachstum (Ackerschlepper, Kühlschränke) zusammen auftreten. Hier gibt es offenbar Zusammenhänge mit der Marktphase, in der sich eine Branche befindet.

Schlußbetrachtungen

Fusionen hatten in den hier untersuchten Branchen in den vergangenen Jahren einen erheblichen Einfluß auf die Unternehmenskonzentration, gemessen in den Markt- oder Produktionsanteilen der führenden drei Unternehmen. Die Fusionstätigkeit in 17 untersuchten Branchen, die jedoch nicht als repräsentativ für die gesamte Wirtschaft angesehen werden können, hat sich aber im Zeitablauf stark verringert. Das interne Wachstum hatte dagegen eine wesentlich geringere Bedeutung und ließ in den letzten beiden Perioden sogar so stark nach, daß aufgrund dieser negativen Entwicklung die Unternehmenskonzentration nach dem starken Anstieg in der ersten Periode nun fast wieder auf das Niveau von 1965 absank. Ob für diese Entwicklung auch staatliche Maßnahmen, wie die Einführung der Fusionskontrolle im Jahre 1974, eine Rolle gespielt haben, kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht eindeutig geklärt werden, obwohl der beobachtete Rückgang des Fusionseffektes nach der Novellierung des GWB in diese Richtung weist. Das kontinuierlich fallende, am Schluß sogar negative interne Wachstum deutet andererseits darauf hin, daß zumindest die führenden Unternehmen auch aufgrund des schon recht hohen Konzentrationsgrades hier an Grenzen gestoßen sind.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 51. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1981. 130 S. DM 58,60.

Staatsdefizite, Kreditmärkte und Investitionen. Von *Reinhard Pohl*.
Einige quantitative Aspekte der Staatstätigkeit: Verlaufsmuster und Perspektiven. Von *Dieter Vesper*.
Entwicklung von Gewinnen und Renditen im Unternehmensbereich. Von *Bernd Görzig*.
Der Einfluß demographischer Faktoren auf die Struktur des privaten Verbrauchs. Von *Werner Müller*.
Bemerkungen zu einer regional differenzierten Betrachtungsweise in der Demographie. Von *Herwig Birg*.
A Comparison of the Efficiency of Various Predictors in the Generalized Least Squares Model. By *Jürgen Blajejczak*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 1/1982. 150 S. DM 64,60.

Grundlagen und Anwendung mikroanalytischer Modelle. Von *Hans-Jürgen Krupp* und *Gert Wagner*.
The Use of Imports from Developing Countries in the Federal Republic of Germany. By *Dieter Schumacher*.
Zur Subventionierung der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Peter Hrubesch*.
Die globale Verkehrsentwicklung als Grundlage regionaler Mobilitätsprognosen.— Ein einfacher Prognoseansatz für teilräumliche Verkehrsvorausschätzungen. Von *Hartmut Kuhfeld* und *Joachim Niklas*.
Input-Output-Tabellen für Berlin (West) 1970 und 1974. Von *Kurt Hornschild* und *Uwe Müller*.
Auswirkungen von Umweltschutzaufgaben auf Rentabilität, Produktionsprogramm und Standortwahl. Von *Peter Ring* und *Wolfgang Watter*.
Kurzberichte: Gutachten-Dokumentation.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/1982. 124 S. DM 56,00.

Bestimmungsgründe der Nachfrage nach Produktionsfaktoren in den Wirtschaftszweigen. Von *Jürgen Blajejczak*.
Die Komponenten der Gewinn- und Renditeentwicklung in den Wirtschaftszweigen. Von *Bernd Görzig*.
Zur Neuberechnung des Produktionspotentials im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Von *Rainer Pischner*.
Ergebnisse einer Umfrage über Rechnerprogramme für ökonomische Entscheidungsmodelle. Von *Josef Gruber*.
Hat die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in den USA Erfolgchancen? Von *Manfred Teschner*.
Das Wirtschaftsjahrbuch Chinas 1981. Von *Ernst Hagemann*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Großbritannien bisher ohne durchschlagenden Erfolg. Bearbeitet von Manfred Teschner. —

Sinkender Einfluß der Fusionen auf die Unternehmenskonzentration. Bearbeitet von Jürgen Müller.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.

— Hierzu ein Prospekt des DIW —